

Verkauf von...
Bücher...
Kunstwerke...

Dresdner Nachrichten

Meyer's Joppen, Schlafröcke,
Havelocks, Jackets
beim Schlafröck-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Haasenstein & Vogler,
A.-G., Dresden.
Unsere
Annoncen-Expedition
befindet sich
6 Wilsdrufferstrasse 6
neben der
Dresdner Bank und
vis-à-vis Hotelgold. Engel
Haasenstein & Vogler,
A.-G., Dresden.

36. Jahrgang.
Auf. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Vorzügl. Feldstecher u. Reise-Perspective
bei bescheidenen Preisen empfiehlt
Optiker Ed. Wiegand
(vorm. Bösd.)
2 Wallstrasse 2 (Alte Postplatz).
Reparatur-Werkstatt.

Bürgerl. Brauhaus Dresden-Planen
empfiehlt seine garantiert haltbaren und reinen Biersorten
Fass- und Flaschenbier.
Eigene Verkaufsstellen:
Annonenstr. 47, Antonplatz 8, Trompeterstr. 7, Grunauerstr.-Kong. 7.
Telephon Nr. 1000.

Corsets
Atelier für Damen
Heinrich Paul,
Dresden,
Wallstr. 25.

Lodenjoppen von 8 Mk. an, Havelocks 16 Mk., Lodenhüte von 2 Mk. an
empfiehlt **Jon. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 224. Spiegel: Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz, Reise des Königs von Serbien. Dolmetscher, Soziale Aufgabe der Offiziere. Gemeindefeindlichkeit, Tagesgeschichte. Solter auf Weiger Strich. Mittwoch, 12. August.

Politisches.
Die Unterbrechung der deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz erscheint, nach der neuesten Meldung aus Bern, wonach der Bundesrath erklärt hat, daß er auf seinen bisherigen Forderungen bestehen müsse, unvermeidlich zu sein. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen, für welche auf Seiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns der zwischen diesen beiden Staaten bereits vereinbarte Zukunfts-Handelsvertrag die Grundlage bildete, bestand darin, daß die Schweiz, kurz bevor die Verhandlungen über Eintritt in die zu bildende mitteleuropäische Handelskassation beginnen sollten, einen neuen Zolltarif aufstellte, welcher dem alten zur Zeit noch rechtskräftig bestehenden Tarif gegenüber sehr bedeutende Erhöhungen aufwies. Dieser neue Zolltarif, der gegenwärtig eigentlich nur als Entwurf zu bezeichnen ist, weil er die nach dem schweizerischen Staatsrecht erforderliche Genehmigung durch die Volksabstimmung noch nicht erlangt hat, ist von den Schweizer Unternehmern zur Basis der Vertragsverhandlungen in Wien gemacht worden, während es billig gewesen wäre, daß der in Wirklichkeit noch gültige beträchtlich niedrigere schweizerische Zolltarif bei dem Austausch gegenseitiger Concessionen den Ausgangspunkt hätte bilden müssen. Am 18. Oktober soll in der Schweiz die Volksabstimmung über den neuen Tarif stattfinden. Erst dann, wenn über das Schicksal desselben entschieden ist, wird es möglich sein, von einer festen Grundlage aus die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Erklärt sich am 18. Oktober der Volkswille für den erdöhten neuen Tarif, dann ist eine Verständigung zwischen der Schweiz einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits kaum zu erwarten, obwohl, wie der offizielle Artikel der Nordd. Allg. Ztg. ausführte, bei den Verhandlungen mit der Schweiz von Duns aus darauf gerechnet werden mußte, daß der neue Tarif zur Einführung gelangen werde. Indes ist nicht ersichtlich, wie es auf der Basis der enorm erhöhten Sätze des schweizerischen Tarifs möglich sein soll, die von Seiten Deutschlands erstrebte thätigste Erhaltung des gegenwärtigen zollpolitischen Zustandes, also des alten Schweizer Tarifs, durchzusetzen. Wird dagegen der schweizerische Zukunfts-Zolltarif bei der Volksabstimmung verworfen, so entsteht für die Deutschen und die österreichisch-ungarischen Händler eine weit günstigere Sachlage, weil ja eben dann an dem gegenwärtigen Zustande, den man erhalten wissen will, nichts geändert wird.

Die Unterbrechung der deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz erscheint, nach der neuesten Meldung aus Bern, wonach der Bundesrath erklärt hat, daß er auf seinen bisherigen Forderungen bestehen müsse, unvermeidlich zu sein. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen, für welche auf Seiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns der zwischen diesen beiden Staaten bereits vereinbarte Zukunfts-Handelsvertrag die Grundlage bildete, bestand darin, daß die Schweiz, kurz bevor die Verhandlungen über Eintritt in die zu bildende mitteleuropäische Handelskassation beginnen sollten, einen neuen Zolltarif aufstellte, welcher dem alten zur Zeit noch rechtskräftig bestehenden Tarif gegenüber sehr bedeutende Erhöhungen aufwies. Dieser neue Zolltarif, der gegenwärtig eigentlich nur als Entwurf zu bezeichnen ist, weil er die nach dem schweizerischen Staatsrecht erforderliche Genehmigung durch die Volksabstimmung noch nicht erlangt hat, ist von den Schweizer Unternehmern zur Basis der Vertragsverhandlungen in Wien gemacht worden, während es billig gewesen wäre, daß der in Wirklichkeit noch gültige beträchtlich niedrigere schweizerische Zolltarif bei dem Austausch gegenseitiger Concessionen den Ausgangspunkt hätte bilden müssen. Am 18. Oktober soll in der Schweiz die Volksabstimmung über den neuen Tarif stattfinden. Erst dann, wenn über das Schicksal desselben entschieden ist, wird es möglich sein, von einer festen Grundlage aus die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Erklärt sich am 18. Oktober der Volkswille für den erdöhten neuen Tarif, dann ist eine Verständigung zwischen der Schweiz einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits kaum zu erwarten, obwohl, wie der offizielle Artikel der Nordd. Allg. Ztg. ausführte, bei den Verhandlungen mit der Schweiz von Duns aus darauf gerechnet werden mußte, daß der neue Tarif zur Einführung gelangen werde. Indes ist nicht ersichtlich, wie es auf der Basis der enorm erhöhten Sätze des schweizerischen Tarifs möglich sein soll, die von Seiten Deutschlands erstrebte thätigste Erhaltung des gegenwärtigen zollpolitischen Zustandes, also des alten Schweizer Tarifs, durchzusetzen. Wird dagegen der schweizerische Zukunfts-Zolltarif bei der Volksabstimmung verworfen, so entsteht für die Deutschen und die österreichisch-ungarischen Händler eine weit günstigere Sachlage, weil ja eben dann an dem gegenwärtigen Zustande, den man erhalten wissen will, nichts geändert wird.

Belgrad. Die Großfürstin „Aus dem Tagebuch der Königin Natalie“ und „Erlebnisse des Königs Milan“ sind verboten worden.
Paris. Großfürst Alexis empfing Nachmittags 5 Uhr Nikot. Da er infognito reist und seinen offiziellen Empfang in Sicht wünscht, hat der dortige Municipalrath davon Abstand genommen.
Petersburg. In 20 der inneren Gouvernements wurden die Kronförster angewiesen, der durch die Kaiserliche betrieblen Bevölkerung unentgeltlich Brennholz zu überreichen. Um der nothleidenden Bevölkerung Verdienst zu schaffen, sind Landstrassen-Bereicherungen und Reudnoten in Aussicht genommen und dafür 15 Millionen Rubel angewiesen worden. — Wie die Börsenzeitung meldet, hat der Finanzminister nach langem Schwanken beschlossen, vom 15. d. M. alten Stiles ab ein Ausfuhrverbot für Roggen, Weizen und Rye zu erlassen. Ferner soll den Baumwollwebern ein Rubel zu einem Frachttarif von ein Dunderthel Rubel pro Bund und Werst zugeführt werden.
Wien. Die Dipe ist gestern auf 97 Grad Fahrenheit gefallen. Es war dies der heißste Tag seit 20 Jahren. Verschiedene Hülsen von Sonnenlicht kamen vor.
Die Berliner Börse verlor im Allgemeinen fast. Am Vorderrunde standen russische Noten, die von 211/2 auf 213/4 stiegen, sowie Banknoten, welche gleichfalls nach schwachem Beginn bald anjagen. Für Bergwerke bestand von Anfang an günstige Meinung. Dynamit-Tisch Aktien verloren auf die Nachricht von der Gründung einer neuen Dynamitfabrik und gingen über 2 Pro. zurück. Cassaverkehr ruhig. Reichlicher Credit 4 Pro. niedriger. Privatbank 3 1/2 Procent. Reichlicher Credit 4 Pro. niedriger. Reichlicher Credit 4 Pro. niedriger. Reichlicher Credit 4 Pro. niedriger.

Die Unterbrechung der deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz erscheint, nach der neuesten Meldung aus Bern, wonach der Bundesrath erklärt hat, daß er auf seinen bisherigen Forderungen bestehen müsse, unvermeidlich zu sein. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen, für welche auf Seiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns der zwischen diesen beiden Staaten bereits vereinbarte Zukunfts-Handelsvertrag die Grundlage bildete, bestand darin, daß die Schweiz, kurz bevor die Verhandlungen über Eintritt in die zu bildende mitteleuropäische Handelskassation beginnen sollten, einen neuen Zolltarif aufstellte, welcher dem alten zur Zeit noch rechtskräftig bestehenden Tarif gegenüber sehr bedeutende Erhöhungen aufwies. Dieser neue Zolltarif, der gegenwärtig eigentlich nur als Entwurf zu bezeichnen ist, weil er die nach dem schweizerischen Staatsrecht erforderliche Genehmigung durch die Volksabstimmung noch nicht erlangt hat, ist von den Schweizer Unternehmern zur Basis der Vertragsverhandlungen in Wien gemacht worden, während es billig gewesen wäre, daß der in Wirklichkeit noch gültige beträchtlich niedrigere schweizerische Zolltarif bei dem Austausch gegenseitiger Concessionen den Ausgangspunkt hätte bilden müssen. Am 18. Oktober soll in der Schweiz die Volksabstimmung über den neuen Tarif stattfinden. Erst dann, wenn über das Schicksal desselben entschieden ist, wird es möglich sein, von einer festen Grundlage aus die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Erklärt sich am 18. Oktober der Volkswille für den erdöhten neuen Tarif, dann ist eine Verständigung zwischen der Schweiz einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits kaum zu erwarten, obwohl, wie der offizielle Artikel der Nordd. Allg. Ztg. ausführte, bei den Verhandlungen mit der Schweiz von Duns aus darauf gerechnet werden mußte, daß der neue Tarif zur Einführung gelangen werde. Indes ist nicht ersichtlich, wie es auf der Basis der enorm erhöhten Sätze des schweizerischen Tarifs möglich sein soll, die von Seiten Deutschlands erstrebte thätigste Erhaltung des gegenwärtigen zollpolitischen Zustandes, also des alten Schweizer Tarifs, durchzusetzen. Wird dagegen der schweizerische Zukunfts-Zolltarif bei der Volksabstimmung verworfen, so entsteht für die Deutschen und die österreichisch-ungarischen Händler eine weit günstigere Sachlage, weil ja eben dann an dem gegenwärtigen Zustande, den man erhalten wissen will, nichts geändert wird.

Herold's- und Fernsprech-Berichte vom 11. August.
Berlin. Die Meldung französischer Blätter, daß Professor v. Bergmann zum Kaiser nach Kiel berufen worden sei, ist nach Feststellung der „Nat.-Ztg.“ durchaus unbegründet. — Fürst Dietrich begibt sich Anfang nächster Woche von Pflanz nach Paris. — Ein vom Reichspostamt ausgehendes Communiqué wendet sich gegen sogenannte Volksschulen oder Volkshäuser, deren Zöglinge häufig auf die Dauer den Anforderungen, die politisch-technischen getroffen, um die Aufnahme mangelhaft und einseitig vorgebildeter junger Leute in den Postdienst zu verhindern. Weibungs seien die Anforderungen, welche für den Eintritt in den Postdienst als Gehilfe in Beziehung auf die Vorbildung gestellt werden, zu bemerken, daß ihnen von jungen Leuten, welche den Unterricht einer tüchtigen Volksschule genossen haben, ohne Vorbereitung in besonderen Anstalten genügt werden kann. — Die „Post“ bemerkt, daß in einer Unterredung des Kaisers mit Lord Salisbury coloniale Fragen berührt worden seien. Es liege keine Frage von solcher Bedeutung vor, welche in einer Aussprache über die Veranlassung gegeben hätte. — Die Kriminalpolizei hat ermittelt, daß im Laufe der letzten 3 Monate nicht weniger als 3 Privatdetektiv-Agenten in's Leben getreten sind, an deren Spitze aber alte berühmte Einbrecher stehen, die sammtlich schwere Verbrechen erlitten haben und als Agenten ausschließlich alte Verbrecher beschäftigen.
Kiel. Die „Kieler Ztg.“ meldet, daß Befinden des Kaisers sei andauernd günstig. Der neue Verband bewähre sich so, daß der Kaiser nicht nur auf dem weichen Bein stehen, sondern auch die Treppe der Kajüte ohne Unterstützung hinaufsteigen kann.
Kiel. Prinz Heinrich trifft Mittwoch Abend in England ein und kehrt Ende d. M. mit seiner Familie hierher zurück. — Ein Kaiserpaar promentierte Vormittags längere Zeit auf dem Kaiser-Deck. Der Kaiser trug einen Stod.
Wien. Der Petersburger Correspondent der „Allg. Ztg.“ schreibt, es herrsche kein Zweifel mehr darüber, daß der russischen Regierung die Randgebungen für die Franzosen schließlich über den Kopf gewachsen seien. Daraus habe in Wirklichkeit 12 ihm für spätere Zeiten recht gefährliche Tage durchgemacht. Nachher habe die russische Regierung die Gefährlichkeit der Franzosen eingesehen. Das russische Volk, sowohl die vornehmen, wie die gemeinen Leute, leuten jedoch schnell, auch nicht gekündeten Hauptern Hurrh zuzurufen, eine Erregung, welche es, wenn es Geschick davon gefunden habe, über kurz oder lang auf eigene Faust verwirklichen dürfte.
Aten. Der Staatsminister v. Pözliger wurde auf sein Entschließen zur Disposition gestellt.
Witten a. d. Ruhr. In der Besse „Helene“ wurden durch Schlagende Wetter 2 Bergleute getödtet und 1 verwundet.
Risingen. Bei der geringen Festbesetzung im Theater war Fürst Bismarck der Gegenstand enthusiastischer Kundgebungen. Jedem Besuche des von Ernst Wolff verfassten und festgesetzten Prologes folgte minutenlanges Beifall. Heute wurde Wolff vom Fürsten Bismarck zur Tafel gezogen und erhielt zur Erinnerung das Beifallsstück des Fürsten mit eigenhändiger Unterschrift.
Wien. Der während der Kaiserreise am 21. Juli entlassene Königl. Polizeimeister Wimmer in Ziegenhals ist hier festgenommen worden.
Wien. Wegen Land im Andorftigen Amte eine Sitzung der Delegierten für die Handelsvertrags-Verhandlungen mit der Schweiz statt. Die Sitzungen sollen heute fortauern.

Vertrags- und Sachliches.
— Ihre Majestäten der König und die Königin sind entgegen der ursprünglichen Festsetzung ihres Interesses bereits gestern früh halb 6 Uhr in Kiel angekommen, von wo die Fahrt mittelst Campagna nach Büdingen erfolgte.
— Aus Worms schreibt man uns: Se. Majestät der König und Ihre Majestät die Königin von Sachsen nahmen vom 7. auf den 8. August im hiesigen Hotel „zum Anker“ Nachmittags. Die beiden Majestäten kamen früh halb 9 Uhr per Bahn hier an, unternehmen der Wagen einen Ausflug nach Baddeck und Albie und dirierten um 3 Uhr. Hieraus fand ein Ausflug nach der Parkanlage und Grotte statt. Abends nach Eintritte des Supers produzierte sich die hiesige Sings- und Schulpflichter-Gesellschaft bei großer Beleuchtung des Gartens. Die hohen Herrschaften waren über die Leistungen hoch erfreut. Am Morgen ihrer Majestäten waren die Hofdame Maria Gräfin, Kammerherr v. Windisch und Major v. Haugl. Die hohen Herrschaften wollten am 8. August per Bahn über Linderhof, Plansee nach Baddeck fahren, mußten aber wegen eingetretener schlechter Witterung ihre Fahrt per Bahn über München-Bayern nach Hohenschwangau wählen.
— Se. Excellenz der Herr Finanzminister v. Thümmel in Begleitung des Herrn Geh. Finanzrath v. Köpke besuchte am Montag Vormittag die elektrische Ausstellung in Frankfurt a. M. und nahm ganz besonders die Objekte der sächsischen Ausstellung, geführt von der Firma Kummer u. Co., deren Vertreter die eingehenden Erläuterungen gab, in Augenmerk.
— Die theologische Facultät der Universität Leipzig übernahm dem langjährigen Präsidenten des Landesvereins in Dresden und früheren Mitglieder der dortigen Kreisoberaufsicht Otto Dietrich Freiherrn von Verelich, Wirklichen Geheimen Rath, ihr Ehrendoctor-Diplom zur Anerkennung seiner hochverdienten Staatsdienertätigkeit in Dresden und Leipzig und Leiter der letzten beiden Landesversammlungen. Als Decan leitete Prof. Dr. Winter, als Prorektor aber Prof. Dr. Jahn den akademischen Ehrenbürgerbrief aus.
— Herr Stadtrath Kaiser ist vom 10. August bis 5. September beurlaubt, Herr Stadtrath Detschel vom 9. August bis 5. September beurlaubt.
— Der Vorstand der Reichner Conferenz der sächsischen Landesvereine hat beschlossen, die Veranlassung dieses Jahr ausfallen zu lassen.
— Die Amtsgeschäfte des Stadtbezirksarztes haben von Jahr zu Jahr zugenommen. Demselben ist es daher nicht mehr möglich, allein allen den Anforderungen, welche sein verantwortliches Amt an ihn stellt, zu genügen. In Anbetracht dessen hat der Ausschuss für die öffentliche Gesundheitspflege dem Rathe empfohlen, dem Stadtbezirksarzte einen in der Praxis bereits erfahrenen und im Besitze der Befähigung zur Vornahme bezirksärztlicher Amtsvorgängen befindlichen Gehilfen und ständigen Stellvertreter beizugeben. Demgemäß beschloß der Rath, einen Stadtbezirksarztstuzen mit einem Gehalte von 3000 Mk. und unter Vorbehalt dreimonatlicher Kündigung anzustellen.
— Eine der jüngsten Nummern der in Paris erscheinenden „revue des deux mondes“ bringt einen Aufsatz über die sozialen Aufgaben der Offiziere. Angesichts der sozialen Bewegungen, deren Stelle sich von Tag zu Tag vergrößern und deren Gefahr heutzutage die Aufmerksamkeit auch der widerstrebbendsten Geister auf sich lenkt, wird der französische Verfasser die Frage auf, ob nicht irgendwo ein feiner Stamm vorhanden sei, der durch seine Eigenheit befähigt wäre, eine wirksame stieliche Tätigkeit gegen die sozialen Gefahren auszuüben, und ob nicht die Nothwendigkeit gebiete, denselben nach dieser Richtung hin auszukünnen. Diesen feinen Stamm findet der Verfasser im Offiziers-Korps, welches durch sein eigenes Weien dazu bestimmt sei, die Führung beinahe der Gesamtheit der Jugend zu übernehmen. Seit Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht geht fast die ganze Nation durch die Hände der Offiziere, und da es sich eben hierbei nicht nur um die eine oder jene Arbeitergruppe, sondern um das gesammte Volk, um die Arbeiter mit der Hand und mit dem Geiste, um Bekleidete und Bekleidete, um Lehrer und Lernende handelt, für sammtlich während einer mehrjährigen Dienstzeit dem Einfluß ihrer Offiziere unterworfen sind, sind letztere wie kein

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schillerstr. 7 u. 10, Leipzig.
Spezial-Verkauf für Leder, Pflanzstoffe, Korbwaren, eigene Fabrikation